

Haushaltsgesetzentwurf 2015/2016

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.05.2015
(2. NEUDRUCK)

Einzelplan: Allgemeine Finanzverwaltung

Seite: 27

Kapitel: 20 020

Titel: 684 10

Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern

Stichwort: Verteilungsschlüssel

Ansatz im Entwurf	2015	Ansatz im Entwurf:	2016
	1.500.000 €		1.500.000 €
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
	0 €		0 €
Ansatz neu:		Ansatz neu:	
	1.500.000 €		1.500.000 €

2015 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

2016 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

Haushaltsvermerk (Änderungen bitte unterstreichen):

Erläuterungen (Änderungen bitte unterstreichen):

Veranschlagt sind Zuschüsse für Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen im Land Brandenburg. Die Mittel werden je zur Hälfte auf Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen verteilt, die Parteien nahe stehen, welche dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmungen repräsentieren und nach dem endgültigen Ergebnis der letzten drei Landtagswahlen oder bei der letzten Landtagswahl, der letzten Bundestagswahl und der letzten Europawahl oder bei den letzten beiden Landtagswahlen und der letzten Bundestags- oder Europawahl mindestens 5 vom Hundert der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben. Die einer Partei nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung ist auch dann zu fördern, wenn die Partei im Landtag vertreten ist und in mindestens der Hälfte der Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags vertreten ist. Der Anteil am Gesamtbetrag bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl im Land Brandenburg für die ihr nahe stehende Partei abgegebenen gültigen Erststimmen und Zweitstimmen. Maßgeblich sind jeweils die zu Beginn des Haushalts-

jahres vorliegenden Wahlergebnisse. Die parteirechtliche Selbständigkeit einer Organisation besteht nur dann, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 - 2 BvE 5/83 - aufgestellt sind. Dies ist in geeigneter Form nachzuweisen. Erreicht eine Partei, deren parteinahe Stiftung bzw. deren ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung bereits gefördert wird, nicht die erforderliche Stimmenanzahl, so erhält die entsprechende parteinahe Stiftung bzw. die ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung ab dem Beginn des darauf folgenden Haushaltsjahres für die Dauer von fünf Jahren den auf die Zweitstimmen entfallenden Anteil. Erreicht die Partei auch in der darauf folgenden Wahl nicht die erforderliche Stimmenanzahl, scheiden die parteinahe Stiftung und die kommunalpolitische Vereinigung mit Ablauf des Übergangszeitraumes nach Satz 8 aus der Finanzierung aus. Die Regelung des Satz 3 bleibt unberührt. Die Verwendung der Mittel wird durch den Landesrechnungshof geprüft.

Mehr wegen der Intensivierung der politischen Bildungsarbeit.

Begründung:

Die Änderung ermöglicht die vom Gesetzgeber gewollte Intensivierung der politischen Bildungsarbeit der Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen, die Parteien nahe stehen, welche dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmungen repräsentieren.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss			
Ausschuss für Haushalt und Finanzen			